

Wohnungsbauoffensive: Minister Groschek trifft Bauwirtschaft

Um den zusätzlichen Bedarf an Wohnungen in den kommenden Jahren decken zu können, ist es notwendig, dass alle Akteure an einem Strang ziehen. Darum hat **Minister Michael Groschek** als weiteren Schritt seiner Wohnungsbauoffensive Bauwirtschaft und Baugewerkschaft ins Ministerium eingeladen.



Im Spitzengespräch mit dem Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen, den Baugewerblichen Verbänden Nordrhein und Westfalen, der IG BAU sowie der Architektenkammer und Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen diskutierten die Beteiligten Themen wie Modulbauweise, Senkung der Baukosten, steuerliche Vergünstigungen sowie Bauerleichterungen.

Minister Groschek dankte allen Beteiligten, die an der Bauumsetzung beteiligt sind. „Wir brauchen eine Willkommenskultur für den sozialen Wohnungsbau“, sagte NRW-Bauminister Michael Groschek. „Darum ist es gut und wichtig, dass Bauwirtschaft, Baugewerkschaft und Politik in einem Boot sitzen. Die Herausforderung, Wohnraum für alle zu schaffen, ist nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu schaffen.“ Ansatzpunkte zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind **Bauland- und Leerstandsmobilisierung, Bauerleichterungen und Tilgungsnachlässe oder steuerliche Vergünstigungen.**



Präsident Walter Derwald der Bauverbände Westfalen stellvertretend für die NRW-Bauwirtschaft: „Die nordrhein-westfälischen Bauunternehmen stehen bereit, Ihre Kapazitäten auszuweiten und die zusätzliche Nachfrage der Wohnungsbauoffensive zu stemmen. Für Investitionen in Personal und Technik benötigen unsere leistungsfähigen Unternehmen und Betriebe jetzt vor allem eine langfristige Perspektive und eine nachhaltige Nachfrageausweitung“.



Dipl.-Ing. **Ernst Uhing**, Präsident der Architektenkammer NRW dazu: „Die Kostenspirale muss gestoppt werden. Gerade die neu hinzukommenden technischen Vorgaben bieten dazu immenses Potential. Barrierefreie Wohnungen und Stellplatzanforderungen müssen am Markt und an den realen Gegebenheiten vor Ort orientiert werden. Eine Engstelle bilden langwierige Genehmigungsverfahren. Die Bau-

aufsichtsbehörden müssen mit ausreichend Personal besetzt sein, um die Fülle an Bauanträgen und Genehmigungsverfahren schnellstmöglich abzuwickeln. Eine Anhebung der AfA und eine grundsätzliche Neukonzeption der EnEV würden Investitionen in den Wohnungsbau darüber hinaus noch einmal deutlich attraktiver werden lassen.“



Holger Vermeer, Regionalleiter der IG BAU Rheinland: Die IG BAU betonte im Zuge der Wohnungsbauoffensive insbesondere die Chancen für mehr Beschäftigung in der Baubranche und gleichzeitig die verbesserte Integration von Flüchtlingen: „Wir brauchen in NRW schon lange mehr preiswerten Wohnraum, durch die aktuelle Situation ist dieser Bedarf noch zusätzlich gestiegen. Jetzt wird es Zeit zu handeln. Allerdings alles unter Einhaltung der hiesigen Sozialstandards wie z.B. der Mindestlöhne und Tarifverträge“, so der Baugewerkschafter.

Ergebnis der Zusammenkunft: In Kürze wird es auf Arbeitsebene im Rahmen eines runden Tisches weitere Gespräche zwischen den Akteuren der Bauwirtschaft und den zuständigen Ressorts der Landesregierung über Themen wie zum Beispiel Finanzierung und Qualifizierung geben. (ko.)